

Kleines Lehrstück in Polit-Strategie

So viel Prominenz im Senioren- und Behindertenbeirat war noch nie da: Ratsvorsitzender Horst Sassenberg, Beate Krantz, Heinrich Struckmeier (alle CDU/WGO) waren gekommen, von der SPD war der Ausschussvorsitzende Helmut Essmann erschienen, die Verwaltung wurde gar von Bürgermeister Oliver Schäfer vertreten.

Gelldorf. Der Anlass war ein doppelter: Beiratsmitglied Robert Rammelsberg hatte in einem internen Papier Kritik an der Zusammenarbeit mit dem Bündnis für Familie geübt. Außerdem hatte er einen Vorschlag für die künftige Arbeit der Arbeitskreise vorgelegt und eine Änderung der Satzung beantragt – die wiederum Beiratsvorsitzender Albrecht Stein mit einem eigenen Antrag gekontert hatte. Die Hintergründe waren schwer zu entschlüsseln, Vorlagen gab es für die Presse nicht, selbst für eine Kopie der Anträge reichte es nicht. Offenkundig hatte Rammelsberg, der für die Arbeitsweise der Arbeitskreise einen Vorschlag unterbreiten sollte, ein Konzept ausgearbeitet, das seine eigene Machtposition im Beirat ausgebaut hätte. Denn der im Raum stehende Gegenantrag von Stein und Stellvertreterin Renate Ernst lief darauf hinaus, dass Gespräche mit Behörden und Institutionen nur noch durch Stein selbst oder seine Vertreterin geführt werden sollten – ein Antrag, für den der Vorsitzende wohl müheelos eine Mehrheit erhalten hätte. Klassisch ausgebremst: Rammelsberg zog seinen Antrag auf Satzungsänderung auch zu Beginn der Sitzung zurück. Jetzt soll der Vorstand Vorschläge für die Vorgehensweise der Arbeitskreise ausarbeiten. Nach dem kleinen Lehrstück in Sachen angewandter Polit-Strategie offenbarte die weitere Debatte allerdings auch einen größeren Graben zwischen Beirat und Politik einerseits sowie Rammelsberg andererseits bei der Frage, wie das Verhältnis zum Bündnis zu werten sei. Rammelsberg sah vor allem vor dem Hintergrund der letzten Sitzung des Fachausschusses, auf der der Verkauf des Hauses Lange Straße 10 verkündet wurde – und damit das Aus für das Familienzentrum inklusive Senioren-Servicebüro an dieser exponierten Stelle – „Diskrepanzen in der Zusammenarbeit mit dem Bündnis“. Dahinter verbarg sich offenkundig das Gefühl, rund um die Verkaufsvorgänge und die vorherigen Planungen nicht genügend eingebunden zu sein. Rammelsberg ruderte zurück: Man werde dem Bündnis jetzt eine „partnerschaftliche Zusammenarbeit“ anbieten. Die gibt es auf jeden Fall zwischen der Stadt und den beiden Vorsitzenden des Beirats, ließ Schäfer durchblicken: Bei den 14-tägigen Beratungsstunden gebe es im Rathaus immer Gelegenheit, sich zwischen Tür und Angel kurz auf den neuesten Stand der Dinge zu bringen. Eine Diskrepanz im „Innenverhältnis“ zu Stein und Ernst sah Schäfer daher nicht. Vermutlich sah sich Rammelsberg von der Politik nicht ernst genug genommen. Dass aber kein Ratsmitglied seine Konzepte kenne, so antwortete Schäfer, „das möchte ich zurückweisen.“ Beirats-Mitglied Waltraud Denocke sprang Bündnis-Sprecherin Dörte Worm zur Seite: Mit der könne man doch reden. Eben, meinte auch Renate Ernst: In einer der nächsten Sitzungen soll Worm „ihre Sicht der Dinge“ darlegen. Stein, der durchblicken ließ, wie überflüssig die Reibungsverluste innerhalb des Beirates seien, sah es so: „Wir müssen anfangen, darüber zu sprechen, was wir gerne bewegen möchten.“ Die Chancen, dass der Beirat etwas bewegen kann, sind seit letzter Woche deutlich gestiegen, teilte Schäfer noch mit. Das zuständige Ministerium in Hannover hat den Landkreis in die Liste derjenigen aufgenommen, die ein Senioren-Servicebüro anbieten sollen. Schäfer: „Die Vorzeichen für unsere Stadt sind gut.“ Auf keinen Fall würden aber die gesamten 40 000 Euro, die für das Projekt zur Verfügung stehen, nach Obernkirchen fließen, betonte Schäfer: Mit diesem Geld also den Aufbau eines Familienzentrums zu planen, „das ist der falsche Weg“. Auch das Bündnis für Familie darf sich freuen: In der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses (VA) wurde beschlossen, ihm maximal 5000 Euro pro Jahr zur Verfügung zu stellen. Fünf Jahre lang. rnk